

Antrag

Hannover, den 05.05.2020

Fraktion der AfD

Arzneimittelversorgung in Niedersachsen sicherstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der Landtag stellt fest, dass zunehmend notwendige, ärztlich verschriebene Medikamente in Niedersachsen und deutschlandweit nicht oder nicht in ausreichendem Maße oder nur nach langer Wartezeit verfügbar sind. Bundesweit sind mittlerweile rund 440 Humanarzneimittel, Impfstoffe nicht mit einberechnet, von Lieferengpässen betroffen. Dieser Zustand ist nicht länger hinnehmbar und zu lösen. Eine der Ursachen dafür ist die Gesundheitspolitik der letzten Jahre in Deutschland, die die Hersteller durch den erzeugten Kostendruck dazu zwang, eine Verlagerung ins Ausland vorzunehmen. Die nunmehr meist in Fernost wesentlich günstiger produzierten Wirkstoffe unterliegen einer starken Marktkonzentration, bei der es teilweise nur zwei oder drei Hersteller gibt, die unter niedrigeren Umwelt- und Sozialstandards quasi konkurrenzlos die ganze Welt beliefern.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. gemeinsam mit hiesigen Herstellern von Arzneimitteln, Forschungsinstituten, Universitäten und Hochschulen Möglichkeiten zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen, um die Erforschung und Produktion sowie die Veredelung von pharmazeutischen Wirkstoffen in Niedersachsen zu ermöglichen bzw. zu fördern,
2. finanzielle Beihilfen zu schaffen, die eine konkurrenzfähige Herstellung und Veredelung von pharmazeutischen Wirkstoffen in Niedersachsen ermöglichen und den Standort Niedersachsen für Produzenten attraktiver machen,
3. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird, um den finanziellen Mehraufwand der Patienten, der ihnen aufgrund der Lieferengpässe bei ärztlich verschriebenen Arzneimitteln entsteht, zu entschädigen,
4. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass konkrete und präventive Maßnahmen initiiert werden, die über die von Minister Spahn derzeit angekündigten reaktiven Meldepflichten und Warnsysteme hinausgehen, um eine stabile und flächendeckende Versorgung mit Medikamenten in der Bundesrepublik sicherzustellen und Lieferengpässen durch Importabhängigkeit vorzubeugen,
5. sich auf Bundesebene für Maßnahmen einzusetzen, die eine konkurrenzfähige Herstellung und Veredelung von pharmazeutischen Wirkstoffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ermöglichen und die Abhängigkeit von Importen wenigstens verringern,
6. sich auf Bundesebene hinsichtlich der stationären sowie der ambulanten Vorratshaltung von Arzneimitteln gemäß Apothekenbetriebsordnung für eine zeitliche Ausweitung der bisherigen Regelungen hinaus einzusetzen.

Begründung:

Laut Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (Abda) hat sich die Zahl der nicht verfügbaren Rabattarzneien von 4,7 Millionen Packungen 2017 auf 9,3 Millionen im Jahr 2018 fast verdoppelt. Im ersten Halbjahr 2019 waren es schon 7,2 Millionen, sodass sich deutlich abzeichnet, dass das Jahr 2019 neue Höchststände erreicht.¹ Mengenmäßig waren dabei vor allem Medikamente der

¹ <https://www.welt.de/gesundheit/article204136556/Lieferengpaesse-Immer-oeffter-gehen-Apotheken-die-Medikamente-aus.html>; zuletzt abgerufen am 17.02.20

*) Die Drucksache 18/6111 - verteilt am 18.03.2020 - ist durch diese aktualisierte Fassung zu ersetzen.

Grundversorgung wie beispielsweise Schmerzmittel, Blutdrucksenker oder Antidepressiva betroffen. Aber auch spezielle Medikamente, wie beispielsweise Mittel zur Behandlung von Epilepsie oder Chemotherapiewirkstoffe wie Pentostatin, das ab Herbst letzten Jahres weltweit nicht mehr verfügbar war, sind von Liefer- bzw. Versorgungsengpässen betroffen. Wenn diese speziellen Medikamente nicht verfügbar sind, hat dies besondere Auswirkungen auf die Patienten, da durch die zahlreichen verschiedenen Arten von Epilepsie eine spezielle Medikamenteneinstellung notwendig und ein Wechsel zum Arzneimittel eines anderen Herstellers nicht ohne weiteres möglich ist. Genauso verhält es sich bei Chemotherapiewirkstoffen. Gibt es hier Lieferengpässe oder gar Versorgungsengpässe, sodass eine Therapie unterbrochen oder auf ein anderes Präparat umgestellt werden muss, ist dies garantiert nicht im Sinne der Patienten und erhöht auch nicht die Heilungschancen. Ein weiterer Punkt ist der finanzielle Mehraufwand, der für den Patienten entsteht, wenn das Medikament nicht verfügbar ist. Patienten müssen dann häufig auf ein anderes Medikament umgestellt werden und im Zweifelsfall mehr Geld bezahlen. Wenn beispielsweise keine 100er-Packung mehr verfügbar ist, muss der Kunde zwei 50er-Packungen nehmen und dementsprechend zweimal die Rezeptgebühr über fünf Euro zuzahlen. Noch kostspieliger kann es werden, wenn das Medikament nicht von der Firma lieferbar ist, mit der die Krankenkasse des Patienten einen Rabattvertrag hat. Dann können für das Alternativpräparat deutlich höhere Kosten auf den Patienten zukommen. Hier darf nicht der Patient die gesundheitspolitischen Fehler der letzten Jahre bezahlen. Aus diesem Grund soll das Land auf Bundesebene erwirken, dass eine Erstattung der finanziellen Mehrentlastungen für die Patienten in Form eines „Entschädigungsfonds“ installiert wird. Zeitgleich muss über den Bundesrat Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden, sodass statt der von Minister Spahn angekündigten reaktiven Maßnahmen proaktive Schritte eingeleitet werden, die u. a. so aussehen sollten, dass eine Produktion von pharmazeutischen Wirkstoffen unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte wieder in Deutschland stattfinden kann. Auch Niedersachsen selbst muss sich verpflichten, mit hiesigen Medikamentenherstellern, Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen an Lösungen zu arbeiten, die eine Produktion von pharmazeutischen Wirkstoffen und deren Veredelung in Niedersachsen ermöglichen bzw. fördern und ausweiten. Finanzielle Beihilfen seitens des Landes sollten daher mit in Betracht gezogen werden. Die Vorratshaltung im stationären sowie im ambulanten Bereich ist über die bisherigen Regelungen von zwei bzw. einer Woche hinaus auszuweiten.

Klaus Wichmann
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 08.05.2020)